

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Bestellung aus dem Ausland 7,50 M. im Voraus zahlbar. Für den Vertrieb nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. (Unter Umständen besorgen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12,50 M. zuzüglich Valutaaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M.)

Interate kosten für die Adressen, Kompartiments oder deren Raum 2,20 M. zuzügl. 20% Telegramm- und Organisationsanfragen die Adressen, Kompartiments 2,40 M. zuzügl. Keine Anzeigengelder! Das festgedruckte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg. zuzügl. 20%. Telegramm- und Organisations- und Organisations-Wort-Anfragen kosten das festgedruckte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg. zuzügl.

Redaktion und Expedition: Berlin W 19, 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Neuen 822-36, 2495 und 2496.

Interaten-Abteilung: Berlin W 19, 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Neuen 822-36, 2495-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Feiert den 1. Mai!

Mörder und Lodspißel.

Die politische Verleumdung der Deutschnationalen.

Wir berichteten kürzlich über die gewalttätige Sprengung der Techniker-Versammlung, die am 15. April in der „Union-Bräuerei“ stattfand. Der Eindruck war allgemein, daß es sich um ein planmäßiges Vorgehen der neugegründeten kommunistischen Arbeiterpartei handelte. Nun bes öffentlicht der „Kurier“, das Organ des Transportarbeiter Verbandes, folgenden Brief:

Bürgerbund Heimatschutz.

Berlin, den 16. April 1920.

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Gestatten Sie, daß ich auf diesem Weg noch mit einigen Worten auf unsere letzten gefährliche Unterhaltung eingehe. Ich nehme an, daß auch Sie gewisse Zeitungen vom Freitag verfolgt und aus den Berichten entnommen haben, daß mein Plan sich durchaus gut bewährt hat.

So wie in der Versammlung der Techniker vorgegangen wurde, muß in allen ähnlichen Fällen vorgefahren werden. Unsere Aufgabe kann und darf keine andere sein, als die auf dem Wege des Friedens blindlings feindlichen Brüder unter allen Umständen auseinander zu bringen und den größten Wirrwarr in ihren Reihen anzurichten.

Herr Geheimrat! Unsere Stoßtruppe haben ganz vorzüglich gearbeitet, und man muß schon selbst an Ort und Stelle gewesen sein, um sich ein Bild von dem geschickten Operieren machen zu können. Nachdem der beabsichtigte Bruch da war, haben sofort große Teile von Versammlungsbesuchern fluchtartig den Saal verlassen, und ich selbst habe mich durch Unterredung mit den Leuten davon überzeugen können, daß sie von dem größten Abscheu solcher Zusammenkünfte ergriffen sind und nie und nimmer solchen Einladungen Folge leisten würden, in der sie ihres Lebens nicht sicher sind. Der Erfolg ist damit gegeben und das von uns gestellte Ziel fast erreicht. Herabsehen will ich noch besonders, daß sich unsere Leute in der Halle extremer Kommunisten sehr gut benommen haben und von den wackeligen wenig zu unterscheiden waren.

Nachdem die Geschichte im Gange war, konnten sich unsere Leute geschickt zurückziehen und den Wildkommunisten das weitere überlassen, die dann die weitere Zerschürung bis zur Reize besorgt haben.

Herr Geheimrat! Auf eine möchte ich bei dieser Gelegenheit noch aufmerksam machen, nämlich, daß wir neben den kommunistischen auch eine Anzahl U.-S.-P.-Kadaver heranzüchten müssen. Es können sich Verhältnisse ergeben, wo nur diese Richtung ins Treffen zu führen ist, und da müssen unsere Leute bei Zeiten mit dem einschlägigen Material vertraut gemacht werden. Solche Fälle werden hauptsächlich außerhalb Berlins in Frage kommen, und da gerade die Einigungsbestrebungen außerhalb weit härter sind, so wird dort besonders einzusetzen sein, um ein Abtreiben mit Erfolg zu bewirken. Ich schlage daher vor, daß alle angeblichen Sünden der S. P. D. sachdienlich zu sammeln und zusammenzustellen sind und unseren Leuten zugänglich zu machen. An Hand von Beispielen muß ihnen begrifflich gemacht werden, wie die verschiedenen Situationen ergriffen und ausgenutzt werden können. Herr Geheimrat! In solchem gesammeltem Material steckt stüßiges Benzin, und mit Leichtigkeit kann durch solches Hinzuwerfen der größte Brand entfacht werden, der ansteht, evtl. bestehende Einigungsbestrebungen sofort zu erschüttern. Dadurch erlangen wir die folgerichtige Absicht, anstatt Einigung einen tödenden und brodelnden Vulkan.

Herr Geheimrat, nun noch ein paar Worte zum Schluß: Wir brauchen noch weiteres, und das ist Geld! Unser Unternehmen muß, soll es gelingen, reichlich finanziert werden. Die Bedenken, die bei einigen Ihrer Herren noch bestanden, müssen in Anbetracht des Ernstes der Zeit schwinden. Es muß den Herren klargemacht werden, daß, wenn unser Plan gelingt, er in seiner Wirkung weit höher zu bewerten ist, als das Unternehmen von A. und B. im März d. J. — Ich glaube nicht schlagzugeben, wenn ich die Hoffnung ausspreche, daß Sie in Ihren Kreisen nochmals meinen Vorschlag eingehend diskutieren und das Unternehmen finanziell unterstützen.

In diesem Sinne verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr u. Th.

Der Brief zeigt, wie weit die politische Verleumdung in Deutschland vorgeschritten ist. Die Deutschnationalen Kreise, die „Edelsten und Besten“ der Nation, sind ordinäre Lodspißel und politische Betrüger geworden. Hand in Hand mit den Offizieren, die alles daran setzen, um einen Bürgerkrieg zu entfesseln, suchen sie auf jede Weise die Arbeiterklasse untereinander zu verhetzen und zu politischen Abenteuern zu verleiten. Offiziell sehen sie in ihren Verleumdungen und in ihren Ver-

Was bedeutet uns der 1. Mai?
Ein Tag der Ruhe, ein Tag der Freude, ein Tag der Rückschau und des Ausblicks.

Wir feiern dieses Fest nicht, um an ihm mit schönen Worten zu verkünden, wie herrlich weit wir es gebracht haben, sondern uns in einem Augenblick der Ruhe darüber klar zu werden, wie viel noch zu tun ist, bis wir an unser Ziel gelangt sind.

Unser Ziel, der Sozialismus!

In den Novembertagen des Jahres 1918 hatte sich das Bürgertum vor dem sich gewaltig aufredenden Riesen Proletariat feige verhalten. Damals schon glaubte mancher unter uns: Unser die Welt!

Seitdem ist es dem kapitalistischen Bürgertum gelungen, eine Stellung nach der anderen zurückzuerobert. Und nun hofft es so weit zu sein, daß es das Proletariat beherrschen kann: Was soll euch die Maifeier? Arbeitet und betet, damit der kapitalistische Bauh geche!

Immer deutlicher zeigt es sich, wie das kapitalistische Bürgertum sich gegen die Arbeiterschaft sammelt. Immer mehr verschwinden die Gegensätze zwischen den einzelnen wirtschaftlichen und politischen Gruppen der Bourgeoisie. Einig ist sie jetzt schon in dem Streben, die Forderungen der Arbeiterklasse nach Verwirklichung des Sozialismus zu verhindern.

Nun, Proletariat, zeige am 1. Mai, daß noch ungebrochen die alte, die revolutionäre Kraft in dir lebt! Die Kraft, die trotz alledem die Welt für den Sozialismus erobern wird!

Der 1. Mai muß ein Bekenntnistag für die Forderungen der Arbeiterklasse werden. Seit den geschlossenen Widerstand des kapitalistischen Bürgertums den gewaltigen Aufmarsch der werktätigen Bevölkerung, der Armee der Arbeit entgegen!

Feiert den 1. Mai!

Die Politik der Pfahlbürger.

Das deutsche Bürgertum ist unverdrossen in seiner politischen Rückgratlosigkeit und Feigheit. Alles, was sich in Deutschland an noch so geringen politischen und sozialen Reformen vollzogen hat und vollzieht, wird vom Bürgertum unter stetem Druck der Verhältnisse, mit Zittern und Zagen, mit Ach und Weh, hingenommen. Dem deutschen Bürgertum fehlt jede vorausschauende, großzügige Linie in seiner Politik. Es offenbart die ganze kleinliche Borniertheit, die eigensinnige Stammespolitik, den Grenzpfahleifer, die das Erbe des partikularen zerklüfteten vormärzlichen Deutschlands sind. Das deutsche Bürgertum hat seine revolutionäre Aufwallung von 1848 schnell vergessen, so wie man sich einer Jugendlunde entledigt, und hat sich nach 1871 willig der Knie der Junker und Militärs gebeugt. Man sucht in der Zeit von 1871 bis zum Weltkrieg und der Revolution vergeblich nach einer politischen Großtat des deutschen Bürgertums.

Alles das gilt auch für das sogenannte demokratische Bürgertum, ganz besonders deshalb, weil von den Demokraten ein Aufwand an Worten über den Neuaufbau der deutschen Republik gebraucht wird, zu dem die Taten in krassem Widerspruch stehen. Die deutschen Demokraten, die während des Rapp-Bulles die Arbeiterschaft zum Kampfe aufriefen, die in den Tagen der Gefahr der Arbeiterschaft der Kapplade ein Ende machen könne, dieselben Demokraten haben nun der Arbeiterschaft ihre „Dankefahnd“ abgetragen.

Die Ablehnung der Bezahlung der Generalstreiktag und die Ablehnung der Festsetzung des 1. Mai als Volkstages, das sind nicht nur zwei Zeichen der Unaufrichtigkeit und Gütergültigkeit des deutschen Bürgertums, sondern das sind zwei Tatsachen von hoher politischer Bedeutung. Sie zeigen deutlicher und eindringlicher als alle Reden und Manifestationen, daß das deutsche Bürgertum nicht eingebüßt hat von seiner politischen Kaltblütigkeit und daß es selbst durch den Schmelztag der Revolution ohne jede Veränderung geht.

Diese Tatsache führt dem Proletariat erneut vor Augen, daß es in seinem Kampf in allen entscheidenden

Fragen völlig allein steht. Die Arbeiterschaft muß sich auch immer und immer wieder klar darüber sein, daß es bei innerpolitischen Kämpfen, die uns gegebenenfalls in gleiche Marschlinie mit dem „demokratischen“ Bürgertum bringen, also etwa die Abwehr eines erneuten reaktionären Pulses, für sie keinerlei innere oder äußere Verbindung mit dem Bürgertum geben kann. Für Deutschlands Zukunft kommt als neu schöpferisches Element nur die Arbeiterklasse in Frage. Sie wird mit dem deutschen Pfahlbürgertum ebenso abzurechnen haben, wie mit den Monarchisten und Militaristen.

Wie verlottert die bürgerliche Demokratie ist, zeigt die Schreibe des „Berliner Tageblatt“: Es glossiert in seiner gestrigen Abendausgabe unsere Auseinandersetzung mit dem Kultusminister Goenich und droht diesem an, daß er wegen seiner Verbeugung nach links „notwendig das Vertrauen nach der anderen Seite verlieren müsse“. Das Blatt beruft sich dabei auf die Demokratie, in der der Wille der Mehrheit zu gelten habe, der nicht auf dem Verordnungswege durchkreuzt werden dürfe.

Sollte dem „Berliner Tageblatt“ etwa unbekannt sein, daß die Arbeiterschaft, die sich den 1. Mai zum Festtag erwählt hat die überwiegende Mehrheit des Volkes darstellt und daß die Ablehnung des geschlichen Volksfesttages jedem demokratischen Empfinden ins Gesicht schlägt? Oder stellt das „Berliner Tageblatt“ das Mehrheitsvotum einer verärgerten, unfähigen, zwischen widerstreitenden politischen Erwägungen taumelnden bürgerlichen Parlamentsvertretung als „geheiligttes Faktum der Demokratie“ hin? Goenich hat nichts anderes oder vielmehr noch nicht einmal soviel als der belgische Justizminister Vandervelde getan, der für das Reich seines Ministeriums und alle ihm unterstellten Beamten den 1. Mai als geschlichen Feiertag bestimmte, der durch Arbeitsruhe zu begehen ist. Und das geschieht in dem monarchischen Belgien. Im Lande der „vollendeten Demokratie“ aber gilt viel weniger schon als Verletzung der Demokratie.

Die Arbeiterschaft muß den 1. Mai zu einer gewaltigen Kundgebung gestalten. Sie muß dem „demokratischen“ Bürgertum erneut beweisen, daß sie auf Parlamentsbewilligungen pfeift und sich ihre Rechte erkämpft. Dieser Waidtag muß eine Heerschau werden der beiden Mächte, die in der Gegenwart um die Zukunft ringen! Bourgeoisie und Proletariat! Der Waidtag muß aber auch als flammender Aufruf zum Wahlkampf gefeiert werden. Die Wahlen werden dem deutschen Bürgertum beweisen, daß die Arbeiterklasse Deutschlands sich nicht mehr von demokratischen und nationalen Phrasen einflößen läßt, sondern daß sie die Freiheit und die reaktionäre Bestimmung des deutschen Bürgertums voll erkannt hat. Der Waidtag als Heerschau, der Wahltag als Abrechnung: so wird die deutsche Arbeiterklasse der Bourgeoisie zeigen, daß wird die Quittung der Arbeiterklasse sein.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Eine neue gewaltige Wendung! Auf über Deutschland! Aus allen Gauen kommen herzerregende Hilferufe.

Die erste Wirkung dieser Rufe ist die erbliche Wiedervereinigung aller Parteien und Gewerkschaften in dem großen Hilfswerk. Die unterzeichneten Vereinigungen stehen nunmehr einzig hinter der Untersuchungskommission der Berliner Arbeiterschaft.

Es wird nunmehr unsere Hauptaufgabe sein, die Amnestie und die Unterstützung der Hinterbliebenen von Seiten des Reiches zu erzwingen.

Doch bis dahin gilt es, die bitterste Not der Hunderte von Witwen, der Tausenden von Waisen und die ungeheure Zahl der Inhaftierten und ihrer Familien zu lindern. Darum appellieren wir erneut an eure so oft und glänzend bewiesene Solidarität.

Ein jeder sei eingedenk, daß ihm daselbe Schicksal widerfahren kann und handle darum gegenüber jenen Unglücklichen so, wie er wünschte, daß jeder handelte, wenn er einer der Unglücklichen wäre.

Liste sind erhältlich bei allen Gewerkschaften und bei Adalfr. Baer, Mantenselstraße 72. Alle Vertrauensleute sind verpflichtet, Listen zu holen und schnellstens abzurechnen.

Auf zur praktischen Solidarität!

Die Untersuchungskommission der Groß-Berliner Arbeiterschaft.

Die Gewerkschaftskommission. — Die Kf. Soziale Kommission der Groß-Berliner Ortsvereine der Vereinigung der deutschen Gewerkschaften (G. V.)

Ortsrat der deutschen Beamtenbünde.

Die Aufschuldigungen gegen den Abgeordneten Braß.

Von Rechtsanwält Dr. Ernst Emil Schweitzer.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Obwohl ich als überzeugtes und tätiges Mitglied der Demokratischen Partei der von der „Freiheit“ vertretenen Richtung fernstehe, halte ich es doch als unabhängiger Jurist und als Anwalt des Rechtes für meine Pflicht, gegen das Verfahren Stellung zu nehmen, das gegen den Reichstagsabgeordneten Braß anhängig gemacht worden ist.

Bei aller persönlichen Hochachtung für den demokratischen Justizminister Blum — einer Würdigung, welche durch die ebenso klumpen wie törichten Angriffe des reaktionären Prof. Dr. Kahl nur gesteigert werden konnte — kann ich den gegenüber Braß erhobenen Vorwurf des Landesverrats vom juristischen Standpunkt nicht billigen. Es ist gänzlich unverständlich, wie in den Aussagen des Abgeordneten Braß der Landverrat eines Verbrechens gefunden werden kann. Auch wenn die (von unabhängiger Seite bestellte) Darstellung des Herrn Justizministers richtig ist (was ich nicht nachprüfen kann und was ich daher bei vorliegender Untersuchung einmal unterstellen will), selbst dann, liegt noch nicht einmal der Schatten eines Deliktes vor. Herr Braß soll nach den Behauptungen vom Regierungssitzungstag in der Reichstagskammer falsche Angaben über die Zahl der im Ruhrgebiet eingrückten Truppen gemacht haben. Nehmen wir einmal an, es wäre so: wie in aller Welt kann man in einer solchen Handlung einen Landesverrat erblicken? Nach § 87 St.G.B. ist es Landesverrat, wenn jemand sich mit einer ausländischen Regierung einläßt, um sie zu einem Kriege gegen das Deutsche Reich zu veranlassen. Kann ein Mensch mit gesundem Verstand behaupten, daß auch nur nach der Darstellung des Herrn Justizministers der Abg. Braß es versucht hätte, eine Kriegserklärung Frankreichs gegen Deutschland zu erwirken? Liegt der geringste Anhalt zu einer solchen Verdächtigung vor? Die ganze auswärtige Politik der Unabhängigen zielt ja auf die Erhaltung des Friedens hin.

Von den anderen Beschuldigungen blüht höchstens noch § 82 St.G.B. in Betracht kommen; danach wird wegen Landesverrats bestraft, wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse oder Bestimmungsbefehle, oder Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich ist, dieser Regierung mitteilt, oder öffentlich bekannt macht.

Aber auch diese Beschuldigung kann unmöglich Platz greifen, denn die Regierung beschwört ja gerade, daß die Angaben, die Braß über die Stärke der in das Ruhrgebiet entsandten Truppen gemacht hat, keine Redereien sind. In solchen gänzlich unrichtigen Angaben liegt aber kein Verrat eines „Staatsgeheimnisses“ und keine „Nachricht“, § 82 betrifft den sogenannten „diplomatischen Landesverrat“; er stellt den Verrat von Staatsgeheimnissen in Parallele mit dem Verrat von Bestimmungsbefehlen. Nehmen wir nun an — und so stellen es ja die Ankläger dar — der Abgeordnete Braß habe absichtlich falsche Angaben über die Stärke der Ruhrarmee gemacht, so kann er sich dadurch ebenso wenig nach § 82 strafbar gemacht haben, wie jemand, der absichtlich falsche Bestimmungsbefehle an eine andere Regierung weitergibt. Nur der wahre Bestimmungsbefehl und auch nur das tatsächliche Staatsgeheimnis sollen durch § 82 geschützt werden; und unter einer „Nachricht“ versteht man schon sein begriffsmäßig die Mitteilung eines wirklichen Ereignisses. Eine leere Kombination kann ebensowenig eine Nachricht sein, wie sie ein Staatsgeheimnis ist. — Nach weniger kann ein Verstoß wider das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 in Betracht kommen.

Demnach liegt die Sache so: Will der Reichstag dem Strafverfahren gegen den Abgeordneten Braß stattgeben, so würde der Reichstag damit erklären, es liege ein hinreichender Verdacht vor, daß der Abgeordnete Braß Staatsgeheimnisse verraten hat. Damit aber würde sich der Reichstag auf den Standpunkt stellen, oder doch zum mindesten nach außen den Eindruck erwecken, daß an den Behauptungen des Abgeordneten Braß etwas Wahres sei; denn nur wenn die Mitteilungen des Abgeordneten Braß auf irgendeiner tatsächlichen Unterlage beruhen, kann von einem Landesverrat die Rede sein. Durch einen solchen Verstoß würde also der Reichstag gerade das Gegenteil von dem erreichen, was er erreichen will: er würde geradezu sich selbst ins Gesicht schlagen.

Vor allem aber muß die einschließende Verantwortung dagegen eingeworfen werden, daß die Innehaltung der Nichtinnehaltung des Friedensvertrages von Versailles als ein Staatsgeheimnis angesehen werden sollte. Ein Reichstagsbeschluss, der sich auf diesen Standpunkt stellt, müßte das Ansehen des deutschen Volkes untergraben, und er müßte das Mißtrauen, das namentlich bei unseren französischen Nachbarn gegen unseren Friedenswillen besteht, auf das äußerste härten. Die ganze Nation hat ein Recht, die ganze Nation hat die Pflicht, darüber zu wachen, daß unsere Regierung alles daran setze, durch Innehaltung des Friedensvertrages das Vertrauen der anderen Staaten zu gewinnen und den nationalpolitischen Respekt eines Revanchekriegs entgegenzuwerfen.

Vor allem aber erhebe ich als Jurist den schärfsten Protest dagegen, daß man gegen unabhängige Abgeordnete, gegen welche kein hinlänglicher Verdacht gegeben ist, mit Strafverfahren vorgeht, während man Hunderte von Nationalisten, deren Teilnahme am Hochverrat längst erwiesen ist, frei herumlaufen läßt. Ist es zu glauben, daß eine Persönlichkeit wie der Staatsanwalt Bumbach, dessen Teilnahme am Hochverrat außer Zweifel ist, noch in Freiheit sich befindet? Ist es zu glauben, daß Mitglieder des Berliner Studenten-Kaufmanns, die der Verhüllung zum Hochverrat überführt sind, nicht nur noch in Freiheit sind, sondern sogar sich als Vertreter der Berliner Studentenschaft ausspielen dürfen? Ist es zu glauben, daß die Regierung zuseht, wie sich weuternde Truppen ihrer Auflösung widersetzen, wie verbrecherische Deputierten Anklagen zu erzwängen suchen, wie Offiziere trotz ihrer Entlassung in Dienste treten, wie republikanische Soldaten widerrechtlich der Freiheit beraubt werden, ohne daß die Regierung den Mut findet, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Verbrecher einzuschreiten, oder soweit ein Einschreiten an dem militärischen Widerstande scheitert — die Verbrecher an den Pranger zu stellen? Warum hat man nichts von einem Strafverfahren gegen jenen Oberst Baumbach, der durch die Androhung der Meuterei die Verhängung des Standrechts zu erzwingen suchte? Warum nichts von einem Haftbefehl gegen Ludendorff, der Haupt und Seele des kaiserlichen Hochverrats gewesen ist?

Es zeigt sich hier, was der Verteidiger im Neben aus allzu offener der den Schranken des Gesetzes, mit losenden Mute erleben muß: wie oft müssen wir es sehen, daß der einfache Mann, der sich vielleicht auf Grund einer ganz hinlänglichen Demagogik zu veranlassen hat, mit kaiserlichen Marinen angeschlossen

Verfassung und Ruhrdebatte.

Preussische Landesversammlung.

Die Aussprache über den Verfassungsentwurf wurde gestern fortgesetzt.

Abg. Dr. Brauß (Dem.): Der Redner der Rechtssozialisten hat mir die Hoffnung nicht geraubt, daß über die Verfassung eine Verständigung möglich ist.

Die Unabhängigen verheißt die Revolution als Selbstzweck und Dauerzustand. Sie glauben, auch als Wortführer dazwischen zu treten zu müssen, die noch weiter links von ihnen stehen. Wenn der Sozialist einen Halbkreis, einen Kreis bilden, dann würde der Linksozialismus mit dem Militarsozialismus zusammentreffen. (Abg. Hoffmann: Und der Präsident auf dem Reichstagelben.) Indem sie behaupten, die Arbeiter würden sich ihre Rechte nicht nehmen lassen, geben sie zu, daß ihnen die „formale Demokratie“ Rechte gewährt.

Wir können nur dem Gedanken der Einheitsrepublik Deutschlands schenken, wenn wir diesen Gedanken, namentlich die Verfassung, als einen nachdrücklich betonen. Wir haben schon eine fast generalisierte Reichswehr, die allerdings nur formal der Republik ist und erst mit Leben erfüllt werden soll. Das wird geschehen, indem wir zu sehr auf dem zentralistischen Prinzip verharren. Das gilt auch für Preußen. Wir müssen uns vor dem Zerfall hüten, den Wechsel in der Staatsform für einen Wandel in der staatlichen Struktur zu halten. Diese erst herbeizuführen, ist die schwere Aufgabe, die erst nach der Lösung der Republik muß die monarchistische Organisationsprinzipien durch die republikanischen ersetzen. Ich bezweifle, daß dies der Entwurf in beabsichtigter Weise tut.

Es war auch die große Täuschung des 13. März zu glauben, das alte Deutschland sei wieder herzustellen, wenn man das alte preussische Preußen, losgelöst von aller Demokratie, aufriefe. Nein, das wäre der Untergang Deutschlands. Es liegt daran der große Irrtum, als wenn die Staaten nur mit den Mitteln erhalten werden könnten, mit denen sie gegründet worden sind.

Preussische Landräte nach Bayern schicken zu wollen, ließe die Reichseinheit explosiv zerplatzen. Es ist zu fragen, ob diese Methoden der Politik ausreichen, weil man die alten Methoden der Politik anwandte. Daran erkennen wir, daß die Reichseinheit nur gesichert ist, wenn wir diese Methoden verlassen. In demokratisch fortgeschrittenen Zeiten darf man nicht mit Gewalt eingreifen, sondern man muß Freiheit gewähren. Wir müssen, was uns an öffentlichen Angelegenheiten genommen ist, durch physische Einwirkung auf den Staatsbürger ersetzen.

Die Demokratisierung der Verwaltung ist nur auf dem Wege über die Verfassung möglich. Sie besteht nicht in Befehle der alten Beamten durch neue. Das ist eine mechanische Methode. Das bessere Mittel ist die Wahl auf Grund der Selbstverwaltung.

Das bedeutet natürlich einen Verzicht der zentralen Regierung. Aber ohne diesen Verzicht ist Selbstverwaltung unmöglich. Ohne festen Unterbau der Selbstverwaltung steht die parlamentarische Parteilagerung auf schwankendem Boden. Wenn wir dann Kommerzienkonzepte verwirklichen werden. Das muß man ertragen können. Es war der große Fehler der früheren Zeit, die Sozialdemokratie von allen Seiten aufzufächeln. Den Fehler müssen wir vermeiden. Die allgemeinen demokratischen Grundzüge einer Selbstverwaltung müssen mit in die Verfassung aufgenommen werden.

Neben dem Reichstag müßte ein Staatsrat treten. Der vorgeschlagene Finanzrat ist ein ganz unzulängliches Vergegenwärtigungsmittel. In Preußen wird es weniger möglich sein als irgendwo, ein Parlamentarismus einzuführen. Der schrankenlose Parlamentarismus ist nicht das Ideal der Demokratie. Nach dem Entwurf hätte das preussische Volk nur einmal alle vier Jahre zu wählen und dann wäre es sofort mit seinen Rechten, dann würde es zum

Stimmen des Parlaments.

Nicht einmal die Volksabstimmung sieht der Entwurf vor. Ein Staatspräsident ist wegen des Verhältnisses von Preußen zum Reich nicht möglich. Es muß neben dem Parlament eine selbständige Potenz geschaffen werden.

Abg. Teuber (D. Sp.): Ich stimme mit meinem Korredner im wesentlichen überein. Die Sache ist uns ein Wichtiges von vielen Seiten, die uns das Zeugnis am früheren Staatsvertrage gewesen ist. Wir wollen dennoch in Eile zu unserem Volk und unserem Preußenlande mitarbeiten am juristischen und wirtschaftlichen Aufbau.

Abg. Meyer-Oberlesch (Str.) bleibt auf der Tribüne unerblicklich. Die Verlage wird dem Verfassungsausschuß überwiesen. Hierauf wird in die Beratung der Anträge und Anfragen eingetreten, die sich mit der Auflösung der Einwohnerräte betreffen.

Abg. Veit (Dem. Sp.): Die Bayern sind doch ganz andere Leute. Sie treten manhaft für Beibehaltung der Einwohnerräte.

Ich (obwohl ich selbstverständlich auch wahrhaft vornehme und humane Richter kennen gelernt habe) und andererseits haben wir es erleben müssen, daß königliche Dohertien, die vor einer Berliner Straßammer erschienen, in so debotem Maße empfangen wurden, als hätten sie es nicht mit Richtern, nein, mit Bedienten zu tun!

Ich betone zum Schluß, was ich zum Anfang betont habe: ich bin bürgerlicher Demokrat und ich ergehe hier das Wort nicht als Politiker, sondern als Rechtsanwalt (worunter ich einen Anwalt der Gerechtigkeit verstehe). Ich sehe, daß heute Recht und Gesetz in Deutschland mit den Füßen getreten wird. Dagegen erhebe ich Protest, und wer immer mit in meinem Kampfe hilft, der soll mir willkommen sein.

Gegen diese von einem Demokraten ausgesprochene Brandmarkung des Verhaltens der Demokraten vom juristischen Standpunkte aus, haben wir nichts hinzuzufügen. Vom politischen Standpunkte aus wäre nur noch zu sagen, daß die Art, mit der dieses Parlament kein eigenes Recht mitführen tritt, geradezu eine Schande ist und beweist, daß diesen Parlamentarierern Selbstachtung und demokratisches Selbstbewußtsein völlig fehlen.

Der selbe Faden — eine andere Nummer.

Die demokratische Aktion der Preussischen Landesversammlung hat folgenden Antrag der Versammlung an den Reichstag gebracht: Die Staatsregierung zu ersuchen, zur Gewährung von Sicherheit und Ordnung im Staatsgebiet 1. die Gemeindebehörden anzuweisen, gleichzeitig mit der Auflösung der bisherigen Einwohnerräte, möglichst in Angliederung an die staatliche Sicherheitspolizei und Gendarmerie und zu deren Verstärkung nach Bedarf einen Teil der Militärkräfte einzusetzen, 2. das

wahren der, während die preussische Regierung der Bevölkerung die Möglichkeit nehmen will, sich gegen Räuber- und Mörderbanden zu wehren. Die Regierung soll den Willkürern der reaktionären Kinnestie gewähren.

Die Forderung der Unabhängigen auf Verhängung von Ordnung wehren ist durchaus folgerichtig gedacht.

Genosse Ludwig-Hagen:

Herr Graf hat alle Schuld auf den Bolschewismus abzuwälzen versucht. Gegen den Bolschewismus sollte es gehen, für den Monarchismus wurde es gefordert. Schon ein halbes Jahr vorher ist er planmäßig vorbereitet. Wenn wir einen Pulch vorbereitet hätten, wie sie uns nachhagen, sehen wir heute nicht hier, in Westfalen, im Sauerland, im Ruhrgebiet wohnt ein prächtiger Arbeiterstaat. Die Dagebter Arbeiter haben nirgends gekündigt. Die Monarchisten feiern heute die Süddeutschen. Früher war es anders. Der Haß der Süddeutschen richtet sich nicht gegen das preussische Volk, sondern gegen die allpreussischen Großgrundbesitzer. Den Haß haben Sie jetzt erregt, um ihn gegen die Arbeiterfront auszuwenden. Die Unruhen sind erst ausgebrochen und die Zustände so gefährlich geworden, als die Reichswehr einzog.

Die Bildung der Einwohnerräte

Ist auf Anweisung vorgenommen worden unter Aufsicht der Arbeiterschaft. Das hat neuen Haß gezeitigt. Diese Ausbildung ist durchaus unheimlich. Wenn die heutigen Räte und die unterliegenden finden wollen, dann nur, wenn sie die besten Bedingungen einhalten und durchzuführen, indem sie die reaktionären Truppenteile entwaffnen. Seit Monaten haben sie sich mühsam geübt, dies zu unternehmen. Schon an den äußerlichen Stunden hat auf die Reute, die seit Monaten den Reichspolizei systematisch vorbereitet und durch Presse, Schwärze die Bevölkerung irreführt haben.

Die Regierung hatte gelernt. Sie hat den Generalstreik proklamiert. Aber inzwischen hat sie alles wieder vergessen. In diesen Tagen ist für Holzmann den folgerichtig, daß keine Unruhen in die Einwohnerräte aufgenommen werden dürfen. Am 13. März bekannt wurde, daß die Einwohnerräte zu den Massen gehen wird, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß das die Arbeiterschaft auch tut. Wer uns die Waffe auf die Brust legt, zwingt uns zur Abwehr. Am 14. März waren 2000 Gewehre in Ruhm angekommen, die als Waffe deklariert waren. Das Zusammenreffen scheint wunderbar. Die Waffen sind in unsere Hand, daß sie für die Aufmarschpläne für den Reichspolizei wissen wird, daß sie für die Reichspolizei den Reichspolizei waren.

Die gesamte Arbeiterschaft Westfalens stand ohne Umschweifen der Parteilagerung in einheitlicher Front.

Gest bei Aufstellung des Programms kam die gegenwärtige Meinung zum Ausdruck. Wir konnten uns nicht auf eine Verfassung festlegen, die uns in Anbetracht der Reichswehr und Schutzpolizei gebracht hätte. Das konnte uns nicht zugemutet werden.

Ohne daß von der Arbeiterschaft irgend etwas unternommen worden war, hat die Reichswehr das Ruhrgebiet in der Hand haben, wie Kometen.

Schon am 14. März früh wurden Unteroffiziere und Mannschaften verhaftet, weil sie sich weigerten, für die Militärregierung einzutreten. Die Stellungnahme des Herrn von Batten sagt alles. Wir kennen die Dinge so genau, weil uns nach dem erfolgreichen Kampf der Arbeiter die Alten in die Hände gefallen sind.

Die Bewaffnung im Reichspolizei ist so organisiert worden, daß keine eine Waffe in Händen blieb, der eine solche nicht haben durfte.

Weder die Reaktionären noch das Lumpenproletariat darf bei woffen sein.

Es war Verleumdung getroffen worden, daß Verleumdung und Propaganda, namentlich Gerüchte, sichergestellt wurden.

Eine rote Karte hat niemand bekommen. Der Name stand zum ersten Male in einem

Wirtschaftsrat

worin der Selbstverwaltung der ersten Klassen gegen die Schächter „entwöhnt“ wird. Den Kommunisten werden da die schärfsten Anfechtungen unterstellt in der leicht erkennlichen Weise, Offizieren und Mannschaften in einem Blute nach zu verurteilen.

(Da die auf Provinzialniveaus beschrankte Redegabe abgelesen ist, muß unser Redner hier abbrechen.)

Abg. Teuber (D. Sp.): Aus dem Ruhrgebiet sind Differenz über Differenz zu uns gekommen. Die dortige Bevölkerung hat eine ungeheure Bolschewistenherrschaft über sich ergehen lassen müssen. Wenn trotzdem die Schichten der Sparatzenherren nicht so groß sind, so zeigt das von einem sehr hohen Maß an Unwissenheit der Bevölkerung. Alle Schichten der Bevölkerung halten das Kommen der Reichswehr für nötig, sogar der Kommunistenführer Kempberg war dieser Ansicht. (Abg. Ludwig: Stimmt nicht.) Die Regierung blieb untätig.

Nächste Sitzung heute mittag 12 Uhr.

zu wachen, daß dieser künstliche Ort- und Marsch nicht zu partiell politischen, oder verfassungswidrigen Zwecken missbraucht werden kann, 2. insbesondere in den Industriegebieten eine Verhängung der staatlichen Sicherheitspolizei unter Überwachung der bürgerlichen kommunalen Sicherheitspolizei einzugreifen.

Der dritte Punkt zeigt, daß der Antrag nur den Zweck hat, neue Truppenverbände zur Verwendung gegen die Arbeiterschaft zu formieren. Ob der Antrag wohl seine — seine finden wird?

Die Reichswahlordnung.

Der Entwurf einer Reichswahlordnung ist im Reichsausschuß des Innern fertiggestellt und wurde am Mittwoch nachmittags in einer geschlossenen Sitzung dem Reichsausschuß des Innern vorgelesen und mit Zustimmung der Mitglieder des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung durchgelesen. An verschiedenen Stellen wurden Veränderungen vorgeschlagen, die in der nunmehr dem Reichstag zugehenden Fassung des Entwurfs Berücksichtigung finden werden. Nach § 41 des Reichswahlgesetzes erläßt der Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichstags die Bestimmungen zur Ausführung des Wahlgesetzes (Reichswahlordnung).

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung nahm heute die Beratung über die Errichtung eines Reichsausschusses für Arbeitsermittlung beim Reichsausschuss des Innern an. Zur Veranlassung über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat stimmte der Ausschuß dem Vorschlag des Reichstags zu, in der Gruppe Landwirtschaft am Stelle des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft den Deutschen Landwirtschaftsrat als Beirat zuzugewinnen zu nehmen. Dagegen wird der Ausschuß bei Benennung der Mitglieder in der Gruppe Industrie betreffend räumliche und sachliche Gliederung bestehen. Die Besetzung muß also notwendig an den Reichstag gehen.

Die Hochverratskomödie gegen Brach.

Deutsche Nationalversammlung.

Mittwoch, den 28. April 1920.

Der Fall Marekly.

Auf der Tagesordnung stehen Berichte des Ausschusses über die Geschäftsführung. Der Rappierat Berlin-Prachtenthal erbitet die Genehmigung zur Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen den Abg. Marekly (D. Sp.) wegen des Verdachtes der Beteiligung am Rapp-Bußsch.

Der Ausschuss beantragt, die Genehmigung zu erteilen. Abg. Graf zu Dohna (D. Sp.): Auch wir bitten, das Verfahren einzustellen. Auch Marekly selbst wünscht es, damit er keine Unschuld davor tragt.

Die Genehmigung wird erteilt. Weiter liegen Beschlüsse von der Abg. Goltshorn (Welfe) und Schiele (Dnat.) wegen ihrer Verhaftung in den Tagen des Rapp-Bußsches.

Der Ausschuss beantragt, durch seinen Sprecher, Abg. Dr. Pfeiffer (Zit.), den kaiserschen Mitgliedern der Nationalversammlung das Bedauern des Hauses über diese Vorkommnisse auszusprechen und den Reichstagen zu ersuchen, das Erforderliche zu veranlassen, daß die Bestrafung der Schuldigen herbeigeführt und der Nationalversammlung von dem Geschädigten Mitteilung gemacht werde. Nachmittags des 28. April beschließt sich den Ausschussmitgliedern an, worauf dieselbe einstimmig angenommen werden.

Der Fall Brach.

Auf der Tagesordnung steht der Fall des Abg. Brach (H. Soz.) zur erneuten Verhüllung.

Abg. Warmuth (Dnat.) berichtet über die erneuten Ausschussverhandlungen. Vom Oberreichsanwalt ist das Pariser „Journal“ vom 18. April eingegangen, indem über die Unterhaltung des „Journal“ Korrespondenten mit Brach eingehend berichtet wird. Brach hat dem Korrespondenten eine Reihe von Schriftstücken übergeben über ein angebliches Einverständnis der Militärs mit Amerongen in den ersten Tagen des März und beim Märzputsch, über Bestrebungen in den Reichswehr, einen Machtkrieg gegen Frankreich zu führen, allen Sozialisten zum Trotz und über die Stärke der Reichswehrruppen im Westen. Der Herr Brach liege um so näher, als vielleicht die Befragung von Franzosen nicht eingetretten wäre, oder bald ein Ende gefunden haben würde, wenn Brach der französischen Auffassung nicht neue Nahrung zugeführt hätte. Von anderer Seite wurde erklärt, daß die Nationalversammlung an ihrer grundsätzlichen Auffassung nichts ändern solle, und daß der Ausnahmefall Kraus nicht rechtfertige, von der ein für allemal aufgestellten Regel abzugeben. Die Mehrheit des Ausschusses beschloß, die Genehmigung nicht zu erteilen.

Abg. Probus (Dem.): Wir beantragen, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Man sollte meinen, wenn es sich um Beschuldigungen des Landesverrats oder Hochverrats handelte, so hätte der Abg. selbst das dringendste Interesse an der Widerlegung solcher Vorwürfe. Zu prüfen ist schließlich die Frage, ob das vorgelegte Material ausreichend ist. Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Die Übergabe des Materials an die französische Regierung stellt zweifellos Landesverrat im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches dar.

Abg. Graf zu Dohna (D. Sp.): Wir sind im Falle Kraus unter ausdrücklicher Berufung auf die Tradition des Hauses gegen die Aufhebung der Immunität eingetreten und würden den alten Brauch auch heute üben, wenn dieser Fall nicht so ganz anders liegen würde.

Genosse Eichhorn:

Wir müssen den Antrag auch heute ablehnen. Wir sind immer gegen jeden Angriff auf die Immunität gewesen, denn es handelt sich um Sicherung der ausdrücklich in den Grundgesetzen des deutschen Volkes festgesetzten freien Meinungen. Was gestern ein Verbrechen war, kann morgen eine verdienstvolle Handlung sein und übermorgen wieder ein Verbrechen, wie z. B.

vor dem 9. November ein Angriff auf die Monarchie Hochverrat war und heute der Versuch ihrer Wiederaufrichtung es ist. Alle Parteien müßten deshalb ein Interesse haben, ihre Vertreter vor Verfolgung zu schützen.

Von Hochverrat kann bei Brach nicht gesprochen werden,

denn er hat ausdrücklich erklärt, daß die ihm zur Last gelegte Behauptung, er habe die Zahl der Reichswehrruppen im Ruhrgebiet auf 80.000 angegeben, falsch sei. In seiner Unterredung mit der Interparlamentarischen Rheinlandkommission hat er über die Anzahl der Reichswehrruppen kein Wort gesagt, sondern sich nur für die Aufnahme der geflüchteten Ruhrgebietskämpfer eingesetzt. Dumm und gemein ist die Behauptung, daß seine angeblichen Angaben über die Zahl der Reichswehrruppen die Befragung des Malinowsky durch die Franzosen im Gefolge gehabt hätte, denn die erste Befragung war am 6. April abends, die zweite am 7. nachmittags, während die Franzosen bereits in den Morgenstunden des 6. April in Frankfurt einrückten. (Hört! Hört! bei den H. Soz.) Das Verhalten der Demostrianten zum Fall Brach ist widerliche Charakterlosigkeit. (Wärm bei den Dem., Juriste zur Ordnung.) Die Rede Probus war eine Beeinflussung des Gerichtsverfahrens. Das Interesse mit dem Berichterstatter des „Neutral“, das am 13. in Paris veröffentlicht wurde, ist nachweislich am 11. abgefaßt worden und hat am 10. April stattgefunden, konnte also erst recht auf die vier Tage vorher erfolgte

Befragung des Malinowsky keinen Einfluß

ausüben. Das ganze Telegramm des Oberpräsidenten ist ein genau so dummer blunder Schwundel, wie der von der „Schwarzen Hand“, die wir Unabhängigen gebildet haben sollen. Ich bringe folgende Eventualitätskontrolle ein:

1. Auf neue Angaben und neues Beweismaterial des Oberreichsanwaltes zu warten, 2. den Fall an den Geschäftsbereich des Reichsanwaltes zurückzuverweisen. Im übrigen bitte ich aber um Ablehnung der Strafverfolgung. (Beifall bei den H. Soz.)

Abg. Warmuth (Dnat.): Es ist zu berücksichtigen, daß der Fall Kraus einen durchaus anderen strafrechtlichen Charakter trägt als das Verbrechen von Brach. Der Doppelantrag Goltshorn bedeutet eine Verschönerung; ich bitte, ihn abzulehnen.

Abg. Goltshorn (Welfe): Wir wollen die Grundlagen des Strafwesens aufrechterhalten und können daher nicht zulassen, daß in der gegenwärtigen Zeit Hoch- und Landesverrat ein Freibrief ausstellt. (Beifall.)

Abg. Weisheit (Dem.): Die „Deutsche Tageszeitung“ hat über die Ausschussverhandlungen ganz irreführende Berichte gebracht. Früher wurde die Genehmigung zur Strafverfolgung nur verweigert, während der Dauer der Session. Brach selbst sollte auf sofortiger Untersuchung stehen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Probus (Dem.), Schuf, Bramberg (D. Nat.), Warlage (Zit.) und Goltshorn (H. Soz.) sowie einer Frage des Vizepräsidenten über die Angriffe Goltshorns gegen die demokratische Fraktion, wird der Antrag Probus auf, wonach auch bei Genehmigung von Strafverfolgung eine besondere Genehmigung für die Verhaftung notwendig ist, mit den sozialistischen und demokratischen Stimmen angenommen. — Abgelehnt werden die Anträge Goltshorn auf Rückverweisung und auf Vorlegung weiteren Materials durch den Oberreichsanwalt. Der Ausschussantrag, die Genehmigung zu verweigern, wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, der bayr. Volkspartei und einiger Demokraten abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Probus auf Genehmigung zur Strafverfolgung bleibt zweifelhaft. Hammersprung ergibt, daß 99 Abgeordnete für und 98 gegen den Antrag sind. Das Haus ist also beschlußunfähig. Vizepräsident über verlegt die Sitzung auf 2 1/2 Uhr.

Zweite Sitzung.

Das Haus ist wiederum säkular beschloß. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Beamtenbesoldungsgesetzes. Ausschuss und Interaktion haben an der Regierungsvorlage grundlegende Änderungen vorgenommen. Die Beerdigungsgeldigen werden in allen Punkten den

Beamten gleichgestellt. Auf die Gewährung der Dienstalterszulagen haben die einflussreichen Beamten einen Rechtsanspruch. Bei der Regelung der Dienstwohnungszulage ist die Mitwirkung der örtlichen Beamtenvertretungen beschlossen worden. Verheiratete weibliche Beamte erhalten den Ortszuschlag nur zur Hälfte. Die den Soldaten gewährten Naturalbezüge und Entschädigungen werden für einkommensteuerpflichtig erklärt. Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft, ebenso das Ortsklassenverzeichnis. Die Stellen der aufsteigenden Gehälter wurden vom Ausschuss durchweg erhöht. Auch die Verteilung der einzelnen Beamtenklassen auf die Besoldungsgruppen ist vom Ausschuss zugunsten der unteren und mittleren Beamten geändert worden.

Abg. Kretsch (Zit.) berichtet eingehend über den Gang dieser Verhandlungen im Ausschuss und im Interaktion.

Im Gegensatz zur Verabschiedung des Rekrutenauswahlgesetzes verlangt und erhält Abg. Frau Rich (H. Soz.) zur Begründung des unabhängigen Antrages das Wort.

Genossin Rich:

Bei der wohlwolligen Preisentwertung, für die die Regierung verantwortlich ist, sind die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Besoldungen, namentlich für die unteren Beamtenklassen, viel zu gering.

Der Regierungsentwurf war im höchsten Grade unsozial.

Durch den Ausschuss hat er ja bedeutende Verbesserungen erfahren. Aber die Spannung zwischen den Gehältern der unteren und oberen Beamten ist eine so große, daß sie geradezu aufreißend wirken muß. Denn wir sind auch nicht wollen, daß alle Beamten gleich entlohnt werden, so muß allen doch mindestens das Existenzminimum gewährt werden. Aber solange die heutige Eigentumsordnung besteht, und solange der Profit Polarität jeder Arbeit ist, wird es nie dahin kommen, daß die dringenden Kulturbedürfnisse auch von den unteren Klassen befriedigt werden könnten. Besonders die Ungerechtigkeit der verschiedenen Stellung der planmäßigen und überplanmäßigen Beamten muß durch den neuen Reichstag sofort ausgleichend werden, auch mit Rücksicht auf die Pensionfähigkeit. Der Aufstieg darf nur von der Leistung abhängen und nicht wie bisher einseitig von der Vorbildung abhängig gemacht werden. Besonderen Protest erheben wir gegen die

Benachteiligung der weiblichen Beamten,

namentlich der Verheirateten, denen die Pensionierungszulagen in voller Höhe zu gehen sind. Anders ist es mit den Kinderzuschlägen, die für jede Familie nur einmal bezahlt werden sollen. Ich hoffe, daß Sie hier unsere gerechten Anträge annehmen. Die Zuschläge müssen vor allem prozentual absteigend gestaltet werden. Dazu müssen Sie unserem Antrag zustimmen, daß die Teuerungszuschläge alle drei Monate nachzuschließen und den neuen Preisverhältnissen anzupassen sind.

Auch unser Antrag auf Verringerung der Pensionäre, Witwen und Waisen, bitten wir anzunehmen, denn ein Teil, das seine Alten, seine Witwen und Invaliden hungern läßt, muß auch auf die Stufe der Barbaren. (Beifall bei den H. Soz.) Millionen von Teuerungszulagen an die Soldaten werden bezahlt. Millionen für das Heer, da darf der Finanzminister nicht sagen, er hat kein Geld. Und wenn man aus Steuern keine Einnahmen mehr herausbringen kann, dann muß man eben an die Sozialisierung gehen. Wir beantragen auch die Streichung des Wortes „mindestens 34 Stunden“. Die achtstündige Arbeitszeit darf auch für die Beamten keinesfalls angezweifelt werden. Wir sind gegen die Gehälter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, da wir beide Beamte als überflüssig und schließlich befristet. Die Wehrmachtangehörigen dürfen auf keinen Fall in den Beamtenbesoldungen berücksichtigt werden, was um so ungerechter wäre, als sie ihre Dienstleistung oder entsprechende Bezüge extra bekommen. Wir hoffen, daß der ganz anders zusammengesetzte neue Reichstag in diesem Sinne das vorliegende Gesetz verbessern wird und bitten nochmals um Annahme unserer Anträge. (Beif. Beifall bei den H. Soz.)

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß von einer unsozialen Bestrafung des Gesetzes keine Rede sein könne, was auch der Ausschuss anerkannt habe. Ein großer Teil der unabhängigen Anträge sei ja, wie der Berichterstatter schon bemerkt habe, durch Vorlage entsprechender Gesetze hinfällig, wie das Hinterbliebenengesetz, ein neues Pensionsgesetz u. a.

Nach einer Erklärung der Abg. Frau Silber (Dem.), daß sie erwarre, daß in Zukunft keine Minister in der Bewertung der Frau mehr stattfinden werde, schließt die Aussprache.

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Denkend, wie das die Dirne überraschen müsse, die ihm jetzt ganz erregt und wild nahe trat, öffnete er lächelnd die Lippen.

Da stand sie hart an ihm. „Schuft!“ schrie sie und spuckte ihm ins Gesicht.

Aufföhnend holte er mit der Faust aus, aber das Mädchen wich stink zurück und lief eilig gegen das Dorf.

Er hörte das laute Gelächter seiner Kameraden, die in einiger Entfernung stehen geblieben waren, da fuhr er sich mit dem Kermel der Jode über das Gesicht und begann vor Jörn zu weinen, daß es ihn kitzelte; aber bald ermannte er sich, und eilte auf die Wartenden zu. „Vorwärts!“ schrie er. „Das wär' überstanden! Nach's nit! Was will mer denn machen geg'n ein Weibsbild? Dos muß mer sich g'fallen lassen, und jeder von euch leidet gern, daß so a Saubere ihm darum höf' würd', weil's ihm vorher g'ut g'wesen war!“

„Recht hast, Toni, neiden tun f' dir's, weiter nit!“ rief der Müller Simerl und stimmte an:

„Si meingerl — sag's Dandl — bin ich dir nicht g'schickt?“

„Und früher, du Rauber, da war ich dir recht!“

„Der Bus' der sagt d'rauf: 's liegt nit' t' dir' nit mer dran.“

„Weil ich dich, mein Schagerl, schon anschwändig kann!“

Der Sänger begann nun, sich über die Freuden der Liebe in jener naiven Anschaulichkeit auszulassen, welche man heutzutage nur noch dem unbedorbenen Volke oder einem altstamentarischen Könige nachsieht. Unter diesem zarten, sinnigen Liede, dessen Jodel die Dirne begeistert unisono grölzte und hinstellte, ging es des Weges weiter. Selene war in stützender Hast durch das ganze Dorf gerannt, bis ihrer Hütte angelangt, warf sie sich auf die Schwelle nieder und lag, unter krampfhaftem, stoßendem Geschrei laut heulend.

Die Türe hinter ihr öffnete sich und die alte Binshofer klüfferte: „Dumm's Ding, komm' h'rein, komm' h'rein, mach' kein Antzehen.“

Selene knüllte bestig den Kopf und wehrte mit den Armen ab. Lange lag sie, gerüttelt, das Herz, wie unter einem furchtbaren Drucke, angstvoll hämmend, ihrer selbst nicht Herr; dann setzte sie sich auf und starrte vor sich hin, über den Bach, wo hinter den Weiden die grüne Rinde aufstieg. Sie hielt den Blick, unter geknickten Wintern, nach dem Fuße des Hügel gerichtet, keine Wimper zuckte empor, um verflohen nach dem Stamme zu sehen, ob dort noch das Gehört stünde.

Sie kehrte sich keufzend ab. Flüchtig streifte ihr Auge die Nachbarhütte, dann beschaltete es die Sand, mit der sie sich über die Sterne streich, nachdem sie eine geraume Weile nachsinnend gefesselt, hob sie den Kopf und blickte unbefangen wie ein Kind, das eine Rührung vom vorigen Tage überschlafen. Sie zog das rechte Bein an sich, loderte den Schuh und nahm ihn ab. Mit dem Abzuge scharte sie kleine Kiesel aus der Erde und kamelte sie mit der Spitze der Sohle gegen das Vorgärtchen der Nachbarhütte. Sie trieb dieses Spiel mit Eifer und sah jedem Steinchen nach, wie nah es fiel, oder wie weit es traf, bis es ihr zuletzt gelang, daormal hintereinander Steine in das Nachbars Garten zu werfen, die sie raschelnd durch die Wälder gleiten hörte; da packte sie sich den Schuh wieder an, erhob sich und trat in die Hütte.

XII.

Muckerl war ohne Sträubchen auf dem Gute von der Stellung zurückgekehrt. Obwohl man das allgemein erwartete, so hatten doch die Klebinderin und die Wagnier Sebberl mit nicht geringem Vongen seiner Heimkunft entgegengekommen. Die Kraft der alten Frau war übrigens ganz überflüssig, sie hätten ihr den Waben nicht genommen und wäre der auch ein Rie' gewesen, ja, er hätte sich nicht einmal zu stellen brauchen, wenn sie rechtzeitig gehörigen Ortes dagegen eingeschritten wäre, denn als der einzige Sohn einer armen Witwe, welcher deren Unterhalt bestreitet, war er militärisch; aber es nahm sich eben keiner die Mühe, sie darüber zu belehren. Wo es Klüften zu erfüllen gibt, da weiß die Ortsobrigkeit auf Wällen in der Runde die Armen und Kermisler zu finden, ihre Rechte — es sind deren nicht allzu viele — lehrt sie niemand suchen.

Nach dem lärmenden Abzuge der Rekruten war es stummlich stille geworden im Dorfe. Die Bauern, deren Söhne

fortgezogen waren, fluchten leise, denn der Gang zweier kräftiger Arme machte sich bald auf den kleinen Wirtschaften allerorten fühlbar: nun mußten sich die Alten entweder in vermehrter Arbeitsplog selbst hinunterkriechen oder in den Beutel langen und einen Knecht dinsten; es bedurfte just seiner besonderen Arbeitsidee und Sparamkeit, um sie auf jene neidisch zu machen, die keine tauglichen Waben, oder dafür augenscheinlich mehr Patriotismus besaßen, indem sie oft nachdrücklichst ihren Söhnen erklärten: „Merl, mir tut nur leid, daß dich der Kaiser nit' genommen hat und wann er dich heut' noch wollt', gleich könnt' er dich hab'n!“

Ganz anders und, wie sich das bei ihnen von selbst versteht, edler, dachten die Weibskinder von der Sache. Mütter und Schwägerinnen langten und sorgten nur, was aus dem Steffel, Seppel und Martel würde, „wenn ein Krieg auskäm“, und gar die Törnen, deren Schicksal fortgezogen war, die machten sich über dieses Knechtische hinaus noch sehr innerliche Sorgen, was das lustige Soldatenleben an ihrem lieb'n Bub'n verderben könnte? Warum sie sich beinahe Leben gar so lustig dachten, darüber konnten sie sich selbst, oder wollten sie anderen nicht Nachenschaft geben; aber so eine war wirklich gar übel daran!

Für einen Menschen, der mit der Eigenart seines Geschlechts einigermassen vertraut ist, halte es gar nichts Auffälliges, daß die Männer, trotz ihrer roten Anstrichungen, wenig dem Glücke der alten Klebinderin nachtrauen, während diese, gerade der edleren, weiblichen Denkweise mislos, mit einmal mehr Neiderinnen zählte, als sie je zuvor in ihrem ganzen Leben besaßen.

Gewöhnliche Naturen ziehen es indes vor, sich beneiden und nicht bedauern zu lassen, und Muckerl's Mutter war eine sehr gewöhnliche. Wenn die Sonne über dem Hügel, auf welchem der Sternsteinhof stand, heraufkam und das breit einströmende Licht in der kleinen Hütte alles erhellte und gleichen machte, was dazu angetan war, die Verhältnisse auf dem Arbeitstisch des Vurischen, die Wäbe und Wäuren der Küchengeldirre, die Bilderrahmen und die Reichhaltigkeit der Stränke, da dinstete der alten Frau, das liebe Tagesgestirn leuchtete wider so wärmend und erhellend, wie es das zu ihren besten Zeiten getan, wo sie als sorgloses Kind, als ungewandte Dirn', als ungewandte Mutter unter keinen Strahlen sich kräftig tummelte und — bräunte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Besoldungsfrage wird mit der Besoldungsordnung mit wesentlichen Änderungen in zweiter Lesung angenommen.

In der dritten Lesung wird Generalmajor Reinhard, die Besoldung wiederherzustellen, wonach das Besoldungs...

Der Antrag wird angenommen und dann auch das Besoldungsgesetz in dritter Lesung.

Es folgt das Gesetz zur Änderung des Betriebsrätegesetzes, wonach die Arbeitsordnung in den Betrieben spätestens bis zum 1. September 1920 durch eine neue Arbeitsordnung ersetzt werden muß.

Hr. Koenen (U.Soz.): Wir haben bei dem Betriebsrätegesetz Enttäuschung erleben müssen. Heute beantragen wir, daß die Schlichtungsausschüsse für ihre Sitzungen besser entschädigt werden, wie der Vorsitzende des Berliner Reichsarbeiterverbandes dies beantragt hat.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter und in gleich darauf folgender dritter Lesung unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. Reichswehrminister Schuler: Die Ungünstigkeit der aus die Friedenszeit zugesicherten Militärversorgungsgesetze hat sich bald nach Ende des Krieges herausgestellt.

Standpunkt, daß diese neue Organisation besetzen und besetzt sei, alle Entscheidungen der der Erfüllung der Aufgaben der Betriebsräte zu treffen. Dagegen muß einseitigen Ernennung eingeleitet werden. Die Vertreter der Betriebsrätezentrale sind gewerkschaftlich und politisch geschulte Leute, die ebenso wie jeder andere Gewerkschafts- und Parteigenosse nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, innerhalb dieser Organisationen die Aufgaben, die sich dieser Bewegung gestellt hat, zu lösen.

Der zweite Referent Publiß erläuterte die technische Durchführung der Zusammenfassung der Angestelltenräte und Betriebsräte in der IFA.

In der Diskussion vertrat Böhm die Auffassung der Betriebsrätezentrale, wonach die Aufgaben der Betriebsräte nicht durch eine Zusammenfassung innerhalb der Gewerkschaften gelöst werden können, weil dazu die Gewerkschaften Zeit und Kraft mangelt. Er wünschte, daß die Gewerkschaften nur in Lohn- und Tariffragen mit den Betriebsräten etwas zu tun haben.

Körpel wies insbesondere darauf hin, daß der Beschluß der heutigen Versammlung sich zu einem Mandatempfang in der ganzen Arbeiterbewegung gestalten könne. Es müsse heute entschieden werden, ob man für eine weitere Zersplitterung der Arbeiterbewegung oder für eine Stärkung und den Ausbau der bereits vorhandenen Kampforganisation der Arbeiterbewegung eintritt. Aus diesem Grunde empfiehlt er die möglichst einstimmige Annahme der von ihm eingebrachten Resolution.

Einige andere Diskussionsredner bezogen den Standpunkt Böhm.

Im Schlußwort machte Schmidt darauf aufmerksam, daß die Gewerkschaften der Arbeiter innerhalb der örtlichen Gewerkschaftsvereine eine Zusammenfassung der Betriebsräte vornehmen, ebenso wie es die IFA tut. Bei Durchführung des Wahlbestimmungsrechts bei Tariffragen wären die Gewerkschaften gezwungen, von sich aus eine Zusammenfassung der Betriebsräte vorzunehmen und es bedeute eine Verschwendung und Zersplitterung der Kampfkraft der Arbeiter, sich Angestelltenbewegung, wenn wegen irgendwelcher Spezialfragen immer wieder neue Organisationen gebildet würden.

Die am 26. April 1920 in Haverlands Festhallen versammelten Betriebs- und Angestelltenräte aller Branchen, welche in der IFA organisiert sind, erklären:

- 1. Es ist Aufgabe der politischen Parteien den Betriebsrätegedanken zu fördern und durchzuführen.
2. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Betriebsräte aufzubauen und auszubauen.
3. Größtes Erfordernis ist der technische Aufbau und die Verteilung der Funktionen zur Erfüllung des Betriebsrätegesetzes.
4. Seltene Einarbeitung und Erweiterung der Befugnisse derselben.

Der A. D. G. V. und die IFA sind Spitzenorganisationen und die örtlichen Komitees derselben haben die Aufgabe, die Betriebsräte gemeinsam und die Angestellten- und Arbeiterräte getrennt zu errichten.

Die Betriebsrätezentrale, sowohl als auch das Sekretariat der Betriebsräte der S. P. D. lehnt die Versammlung im Interesse der Einheit der Arbeiterbewegung ab.

Eine zweite Resolution, welche für die Zusammenfassung der Betriebsräte in der Betriebsrätezentrale eintrat, wurde mit der gleichen Mehrheit abgelehnt. Die Stellungnahme der Versammlung zur Raiserfrage wurde durch die früher veröffentlichte Resolution geteilt.

Verbandstag der Schuhmacher.

Nürnberg, 26. April.

Erster Verhandlungstag.

Der 18. ordentliche Verbandstag der Schuhmacher wurde heute eröffnet. Nach einer Begrüßungsansprache gab der Verbandsvorsitzende Genosse Simon den Geschäftsbericht, aus dem hervorgeht, daß 80 Prozent der Berufsgenossenschaften im Schuhmacher-Verband organisiert sind, während 8 Prozent dem U.S.P. und 14 Prozent dem Christl. Deutschen Arbeiterverein angehören. Erwähnt wird ferner, daß im Schuhmacherstand etwa 600 Frauen und 26 Prozent Jugendliche beschäftigt sind.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Kassierer König-Nürnberg gab, ist zu entnehmen, daß das Verbandsvermögen jetzt 8400 RM beträgt. Der Verband hat sich ein eigenes Haus erworben, in dem der Vorstand sein Büro aufgeschlagen hat. Der Bericht des Verbandsausschusses gab Haupt-Nagelung. Den Ausschuss hat hauptsächlich eine Beschwerde gegen den Redakteur des Fachblattes, Genosse Bod, beschäftigt. Genosse Bod hatte im vorigen Jahre den Wochenausdruck der IFA, zu den Wahlen der Nationalversammlung auch im Fachblatt veröffentlicht und damit gegen frühere Beschlüsse verstoßen. Genosse Bod hat später eingesehen, daß er damit einen Fehler begangen habe, und damit war die Angelegenheit erledigt.

Zweiter Verhandlungstag.

Nürnberg, 26. April.

Am zweiten Verhandlungstag berichtete Genosse Bod, Redakteur des Fachblattes, über seine Tätigkeit. Er betonte, daß er als Mitglied der IFA in jeder Weise versucht habe, allen Nichtigkeiten im Verbande gerecht zu werden. Der Ausschuss habe nur eine Frage erhoben, und zwar, daß er zur Wahl der Nationalversammlung den Wochenausdruck der IFA, gedruckt habe. Wenn man aber dagegen die Organe der verschiedenen Gewerkschaften ansehe, wie dort die Politik der S. P. D. unterstützt wurde, dazu die Unterbreitung der IFA, Tagespresse, dann könne jeder mal die Galle überlassen. Er schied je nun aus der Redaktion aus und wünschte seinem Nachfolger den besten Erfolg.

Die nachfolgende Debatte über den Geschäftsbericht und das Fachblatt verlief in überaus sachlicher Weise. Puh und Schulz-Offenbach sowie Kelling-Alt-Dremsitten die Geschäftsweise Bods. Hollmerhaus und Dlofferi-Berlin, Nech-Dermoll-Franken und andere verteidigten dessen Haltung. Ein Antrag Leipziger lautete: Der Verbandstag billigt die Haltung der Redaktion und Leitung während der Abwesenheit und hofft...

hoff auch für die fernere Zukunft der Verband im Sinne des Massenkampfes geleitet wird.

Der erste Teil des Antrages wurde von 123 anwesenden Delegierten gegen 38 Stimmen angenommen, der zweite Teil einstimmig. Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach die Vertreter zum Gewerkschaftskongress mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden und des Redakteurs gewählt werden müssen.

Im Schlußwort betont der Verbandsvorsitzende Simon, daß er sehr bedauert sei, daß die sachliche Diskussion, die beabsichtigt war, nicht zu Stande gekommen ist, daß die Haltung der Betriebsräte es fertig gebracht habe, die Zersplitterung vom Verbands fernzuhalten. (Beifall.)

Gegen vom Gewerkschaftskongress machte Ausführungen bezüglich der dem Wirtschaftsrat vorgelegten Forderungen der Lederindustrie über das Verbot von Lederexport und Einfuhr von Stoffen und Schuhen. Der Wirtschaftsrat habe aber diese Forderungen einstimmig abgelehnt.

Sobald die Papierknappheit behoben ist, wird das Fachblatt wieder eine Beilage für die weiblichen Mitglieder sowie für die Jugendlichen und die Betriebsräte erhalten.

Gewerkschaftliches.

Die IFA und die Raiserfrage.

Der Zentralvorstand der IFA hat sich in seiner Sitzung vom 26. April mit der Stellungnahme der örtlichen Berliner Organisationen zur Raiserfrage und ist dabei zu folgendem Ergebnis gelangt:

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat gelegentlich ihrer Beschlusssitzung über die Noorganisation unserer Kartelle am 16. und 17. Januar 1920 zum Ausdruck gebracht, daß die angeführten Verbände grundsätzlich programmatisch auf dem Boden der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Arbeitergewerkschaften stehen, jedoch Wert darauf legen, durch die Erhaltung und den Ausbau der IFA die erforderliche organisatorische Selbständigkeit der freigeschäftlichen Angestelltenvereine zu gewährleisten. Auf der Grundlage dieser Beschlüsse haben die freien Angestelltenverbände den Wählerversuch vom März 1920 in solidarischer Gemeinschaft mit den Arbeitergewerkschaften erfolgreich abgewehrt, ebenso konnte bei den Betriebsratswahlen der Gewerkschaften gemeinsamer freigeschäftlicher Kandidatenlisten für Angestellte und Arbeiter propagiert werden und es wird schließlich nur noch der Beschlußfassung einer neuen in Anbahnung befindlichen IFA-Organisation bedürftig, um für die Zukunft auch noch in formaler Hinsicht eine dauernde Aktionsgemeinschaft der Stoff- und Handarbeiter zu sichern. Es war aber nicht möglich, in diesen wenigen Wochen, in denen unsere Organisationskräfte durch zahllose gewerkschaftliche Tageskämpfe und soziale Probleme außerordentlich angespannt waren, auch schon alle Einzelfragen des freigeschäftlichen Angestelltenprogramms reiflich zu lösen. Auch die Stellung der IFA zur Raiserfrage, wie zur internationalen Arbeiterbewegung ist bisher nur für einzelne der uns angehörenden Verbände geklärt und es entspricht dem Selbstbestimmungsrecht unserer Mitgliedschaften, daß die diesbezüglichen Verhandlungen auch der übrigen IFA-Organisationen Gelegenheit bekommen, diese bedeutsamen Fragen mit zu entscheiden.

Der vom Christl. Verein eingerichtete Weg, seinen engen Arbeitsausdruck die Entscheidung über eine erstmalige Raiserfeier der IFA in Berlin treffen zu lassen, war nach alledem nicht angängig. Eine betrieblige Handhabung würde allen in der Arbeiterbewegung üblichen Gepflogenheiten widersprechen; denn auch die Arbeiter haben bekanntlich sehr umfangreiche Erörterungen ihrer Mitglieder und Mitgliedervertretungen gehabt, deren Ergebnisse dann die Voraussetzung für die Bildung neuer Gewerkschaften zum 1. Mai bilden. Wenn der Centralvorstand der Berliner Angestelltenvereine eine öffentliche Wegenerklärung mehrerer angestrebter Verbände herausgegeben hat, so kann der Zentralvorstand der IFA den jüdischen Teil der Raiserfrage auch damit nicht als erledigt ansehen. Zwar muß es aus den vorerwähnten Gründen in diesem Jahre noch den Angestellten in den Betrieben überlassen bleiben, zur Arbeitstage am 1. Mai Stellung zu nehmen. Für die demnächst bevorstehenden Verhandlungen aber unterbreitet der Zentralvorstand der IFA allen angeschlossenen Verbänden den Antrag, eine grundsätzliche Entscheidung der gesamten Mitgliedschaften herbeizuführen. Als Grundlage für diese Beschlußfassungen wird empfohlen, folgende Auffassung des Zentralvorstandes der IFA anzuerkennen:

Der Ausgangspunkt für die Raiserfeier, wie er in der Demonstration für den internationalen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und der Forderung des Achtstundentages gegeben ist, war durchaus gewerkschaftlicher Art. Wenn dieses gewerkschaftliche Bestreben mit dem Kampf der politischen Arbeiterbewegung um bessere Arbeitsbedingungen zusammenfällt, so wird die parteipolitische Neutralität unserer Berufsverbände davon nicht berührt. Die dringende Notwendigkeit engerer Beziehungen der Angestellten und Arbeiter aller Länder, wie sie im Gedanken der Raiserfeier ihren lebendigen Ausdruck findet, hat sich erst in der letzten Zeit bei den Erörterungen über den Wiederaufbau von Nordamerika, die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, die Einwanderung und alle mit dem Friedensvertrag zusammenhängenden Fragen wieder besonders deutlich erwachen. Aber abgesehen von den einzelnen sozialpolitischen Forderungen, die aus gewerkschaftlichem Hellen heraus in den verschiedenen Jahren im Mittelpunkt der Raiserfeier gestanden haben, darf die grundsätzliche Bedeutung des 1. Mai als Weltfeier der organisierten Arbeit in gewerkschaftlicher Hinsicht nicht verkannt werden. Die Aufgabe der Gewerkschaft soll sich nicht im Abbruch von Tarifverträgen erschöpfen. Ihre höchste Kleinarbeit kann wohl die Not der Angestellten mildern, die wirtschaftliche Verteilung und damit ihren eigentlichen sozialen Auftrag über Können die Angestellten nur nach Erreichung der heutigen rein produktivistischen Grundwirtschaft durch eine für und durch die Gesellschaft geleistete Gemeinwirtschaft finden. Dieses Ziel freigeschäftlichen Strebens soll uns näher gebracht werden, indem wir vor allem bei den Angestellten selbst das Bewußtsein ihrer Unentbehrlichkeit im Produktionsprozess wachen und kräftigen. So ist die Arbeitstage am 1. Mai für alle Angestellten eine Kundgebung von höchster Bedeutung. Für erledigter Wert ist für die zur IFA gehörenden Berufsverbände noch weit wichtiger, als für die Handarbeiter: daß, was weiten Kreisen der Angestellten heute noch fehlt und auch ihnen allein den Sieg verbürgt, das ist der Wille zur Macht.

Diese entschlossene Stellungnahme des Zentralvorstandes der IFA ist erfreulich und es ist zu begrüßen, daß demnächst auch die Raiserfrage von den angeschlossenen Verbänden diskutiert werden soll. Wir versprechen uns davon viel Aufklärung unter den Mitgliedern, besonders der Verbände, die sich diesmal noch gegen die Raiserfeier erklärt haben.

Tarifverhandlungen im Brauereigewerbe.

Die kaufmännischen und technischen Angestellten der Brauereien nahmen in einer großen Versammlung Stellung zu den Tarifverhandlungen. Weltwald berichtete für die Tarifkommission, daß die Unternehmungen gegenüber den Forderungen der Angestellten hartnäckig Widerstand leisten. Dieser Widerstand wurde noch verstärkt, als die gewerblichen Arbeiter der Brauereien in den Streik traten. Selbst bereitwillig gegebene Zusagen wurden rückgängig gemacht, wie z. B. die bereits angekündigte Ermäßigung des politischen Arbeitsnachweises. Die

Betriebsräte.

Die Organisation der Betriebsräte.

Rundgebung der Funktionäre der IFA.

Montag, den 26. April fand in Haverlands Festhallen eine überfüllte Versammlung der in der IFA organisierten Angestelltenräte und Betriebsräte Groß-Berlins statt. Es galt grundsätzliche Stellung zu nehmen zur Zusammenfassung der Betriebsräte. Der erste Referent, Fritz Schmidt, führte unter anderem aus, daß die Organisation der Betriebsräte nach ihrer Zusammenfassung in Industriezweigen resp. Berufsgruppen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Aufgaben der Betriebsräte sind nicht nur wirtschaftlicher, sondern hauptsächlich politischer Natur. Eine Trennung derselben nach rein wirtschaftlicher von politischer Seite ist praktisch undurchführbar. Die Erfüllung der Kontrolle in Bezug auf die technische und kaufmännische Leitung der Betriebe, die Verbesserung der Produktion, eine Kontrolle der Einkaufs- und Verkaufspreise, eine Feststellung des Arbeitsverdienstes im Interesse der Konsumenten, eine Mitbestimmung in der Preisgestaltung kann in der allgemeinen Distanz der Tätigkeit der Betriebsräte nur durch eine Zusammenfassung nach Industriezweigen ermöglicht werden. Die Durchführung und praktische Anwendung dieser Grundzüge stellt zweifellos ungeheure Hindernisse dar. Die Unternehmungen werden gegen die praktische Durchführung dieser Grundzüge ihre ganze organisatorische Kraft gegenüber den Arbeitern und Angestellten in Anwendung bringen. Die Träger eines solchen Kampfes, der daraus entsteht, können nur die Massen sein. Es ist eine solche Massenorganisation, die heute noch vollständig fehlt, heißt sich die Gewerkschaftsbewegung dar. Das hat der letzte Genossenschaftsbeweis. Schon aus diesem Grunde allein muß eine Zusammenfassung der Betriebsräte durch die gewerkschaftliche Organisation und ihre Zentralinstanzen erfolgen. Ein zu diesem Zweck geschaffene Einrichtung, die Betriebsrätezentrale, ist im Gegensatz, eine besondere Organisation neben Partei und Gewerkschaft zu errichten und bereits dabei den

Unternehmer haben das größte Interesse, nachdem die Arbeiter in den Streik getreten sind, auch die Angestellten zum Streik zu provozieren. Es ist viel Zurückhaltung und Disziplin notwendig, diesem Wunsche nicht entgegenzukommen.

Die Vertreter der beteiligten Organisationen gaben zum Bericht zusammenfassende Schilderungen. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Resolution beantragt, in der die Angebote der Arbeitgeber als zur Lebensführung nicht ausreichend, nicht angenommen werden. Die Verhandlungskommission wird beauftragt, unverzüglich nochmals den Verhandlungsgegenstand zu beschreiben und eine Verhandlung herbeizuführen. Sollte dies nicht gelingen, so erhält die Verhandlungskommission Vollmacht, eine unparteiische Schlichtungsstelle anzurufen. In einer zweiten Resolution wird den streikenden Handarbeitern die volle Sympathie ausgesprochen. Die Angestellten geloben noch wie vor, keine Streikarbeit in den Betrieben zu verrichten oder zu dulden. Die Versammlung spricht ihre Zuversicht aus, daß der den Handarbeitern ausgesetzene Kampf zu einem vollen Erfolg führen wird. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Der 1. Mai und die Gastwirtsgehilfen.

Durch Beschluß der Generalversammlung der Gastwirtsgehilfen und auf Vorschlag der Gewerkschaftskommission arbeiten die Gastwirtsgehilfen am 1. Mai.

Graphisches Gewerbe! Mod. Nr. 4 ist erschienen und am Freitag, den 30. d. M., nachm. von 8-6 Uhr bei Baum, Stallstraße 47, abzuholen.

Achtung! Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (Untergruppe B). Am Freitag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr Sitzung in der Stromstraße 55.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin. Unsere Mitlieder werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß während der Arbeitsruhe am Dienstag 1. Mai eintritt. Gerade gegenüber den Widerständen der bürgerlichen Parteien ist es doppelt Pflicht, die Weisheit zu einer demonstreichen zu gestalten. Besondere Gewerkschaftsversammlungen finden nicht statt. Die Mitlieder werden gebeten, sich den Parteiveranstaltungen anzuschließen. Bitte auch Inserat in der heutigen Nummer. Das Bureau bleibt am 1. Mai geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Der Schiedsgericht für Anwerkle in der Holzgewerbe von den Arbeitgebern abgelehnt. Während mit der Ortsgruppe Berlin des Arbeitgeber-Verbandes für den Tiefbau über die Gewährung von Feuerungsanlagen für die kaufmännischen und technischen Angestellten eine gütliche Verhandlung erfolgen konnte, war dies bei dem Verband der Baugeschäfte leider nicht möglich. Der angesehene Schlichtungs-Ausschuß hätte nunmehr einen Schiedsgericht. Trotzdem dieser Schiedsgericht nicht über die Höhe hinaus ging, welche im Tiefbau von den Arbeitgebern bereits ausgedrückt waren, ist er jetzt in der Generalversammlung der Arbeitgeber abgelehnt worden. Am Donnerstag, den 29. d. Mts., abends 7 Uhr, findet nunmehr eine von der A. in den Prachtvollen A. Berlin, Blumenstr. 10, einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher die Angestellten des Baugeschäftes zu der veränderten Situation Stellung nehmen sollen. Es wird erwartet, daß die Angestelltenchaft resolut zu dieser Versammlung erscheint.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher. Mit dem Abschluß eines Tarifvertrages für die Maß- und Reparaturschuhmacher beschloß sich eine Gewerkschaftsversammlung der Berliner des Zentralverbandes der Schuhmacher. Über die Verhandlungen mit der Innung, die zum Abschluß eines Minimallohnvertrages führten, berichtete Schäfer. Er empfahl die Annahme der Vereinbarungen. Für neue Arbeiter wurden 60 Prozent und für Reparaturen 40 Prozent Zuschlag auf den bisherigen Tarifvertrag genehmigt, während der Mindestlohn mit 4,30 Mark festgesetzt wurde. Wo höhere Löhne bezahlt werden, dürfen keine Abzüge gemacht werden. Das Kontrollrecht wurde mit den Innungen Groß-Berlins besonders vereinbart. In der Abstimmung wurde der Mindestlohn von der Versammlung angenommen, der somit am 1. Mai in Kraft tritt.

Aus dem Stadtparlament.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung wurde von dem Vorsteher Heilmann mit einem Hinweis auf das neue Groß-Berlin eröffnet. Einmal sei gefestigt festgelegt worden, was sich schon lange als notwendig erwiesen habe. Allen den Mitgliedern des Hauses, die sich auf dem Zustandekommen des Gesetzes mitgehört hätten, wie die Stadtverordneten Cassel, Bruns und Leib, wurde er den Dank für ihre Arbeit aus. Der Oberbürgermeister schloß sich der Würdigung der Beibehaltung des Gesetzes in vollem Umfange an.

Alsdann teilte Genosse Dr. Weis mit, daß sich der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung angeschlossen habe, daß am 1. Mai in allen städtischen Betrieben und Anstalten Arbeitruhe oder wenigstens Sonntagsdienst angeordnet werden soll. Die Schulen werden gänzlich geschlossen.

Über den Schiedsgericht betr. Lohnfrage des neuen Arbeiterlohnvertrages äußerte Stadtd. Lepp schwere Bedenken.

Stadtd. Koch (Bayl. Weg.) verlangte Deckung der Mehrkosten, sonst müsse seine Fraktion die Vorlage ablehnen.

Stadtd. Ritter (Eog.) trat für Ausschubberatung ein. Nach den neuen Schiedsrichtern würde ein ungelerner Arbeiter etwa 700 M., ein gelernter 850 M. haben. Das entspricht keineswegs dem Maße der eingetragenen Verleuerung. Deshalb müsse nachgeprüft werden, ob die vorgeschlagene Höhe wirklich zureichend ist.

Genosse Weis stimmte diesen Ausführungen bei, wenn der Schiedsgericht lange den Verhältnissen in keiner Weise Rechnung. In anderen Städten seien die Löhne bereits sehr viel weiter heraufgesetzt worden, obwohl dort die Lebensverhältnisse nicht so heute sind wie in Berlin. Wenn dadurch die Finanzien der Stadt über das erträgliche Maß belastet werden, so sei das die Schuld ihrer, die dazu beigetragen haben, daß wir in sich tiefes Elend hineingeraten sind, die Herren Koch und Genossen. Die Forderungen der Arbeiter müssen unbedingt als berechtigt anerkannt werden.

Die Vorlage ging an einen Ausschuß, der um 11 Uhr heute vormittag zusammenzutreten soll, um schließlich die Arbeit zu beenden.

Es folgte die Beratung unseres Antrag auf

Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsnots.

Zur Begründung erhielt das Wort Genosse Adolf Hoffmann. Er wies auf die Wirkung der Wohnungsnot hin, auf die Kindersterblichkeit, wie überhaupt auf den Gesundheitszustand. Eine gute Wege zur Beseitigung schon vor Jahren vorgeschlagen, fanden leider aber beschließende Oben. Die Einrichtungen, die getroffen sind in den Wohnungsbau, sind unzulänglich. Die verfügbaren Wohnungen sind ganz minimal. In einer einzigen Inspektion sind für circa 6000 Wohnungsuchende 70 Wohnungen vorhanden. Der Versuch, Wohnungen zu beschlagnahmen, wie mit allen Mitteln von den Vermietern unmöglich gemacht. Das in Vorbereitung befindliche Wohnungsbeschlagnahmengesetz geht selber an der Unzulänglichkeit vorbei und schafft damit allerlei Hindernisse. Die Wohnungsfrage zu Bureaubauen steht immer noch in völliger Blöde. Unter solchen Umständen ist es fast natürlich, daß Wohnungsfrage vorerst und schafft damit allerlei Hindernisse. Die Wohnungsfrage zu Bureaubauen steht immer noch in völliger Blöde. Unter solchen Umständen ist es fast natürlich, daß Wohnungsfrage vorerst und schafft damit allerlei Hindernisse.

fen gleichfalls beschlagnahmt werden. Manches Möbelgeschäft hat durch alle Etagen hindurch Wurzeln, die sehr wohl zu Wohnungsverwendung sind. Manches Möbelgeschäft hat durch alle Etagen hindurch Wurzeln, die sehr wohl zu Wohnungsverwendung sind. Manches Möbelgeschäft hat durch alle Etagen hindurch Wurzeln, die sehr wohl zu Wohnungsverwendung sind.

Der rechtssozialistische Redner unterstrich diese Ausführungen durch Vortrag reichhaltiges Material. Er wies auf die Siedlungsvereine als Helfer in der Not.

Die hängenden Vertreter suchten über die vorgetragenen Mängel mit billigen Vorschlägen hinwegzukommen.

Stadtd. Lehmann: Gegenüber den mindestens 40 000 alle dringlich angezeigten Wohnungsuchenden haben bisher alle Mittel versagt. Auch die Reichsinngen haben keine Mittel schaffen können oder wollen. Insbesondere ist der starke Zustrom von Ausländern bisher nicht gekannt worden. Die riesige Not, in der wir uns befinden, wird uns jedoch zu entsprechenden Schritten in dieser Richtung zwingen. Niemand als in Berlin ist die Wohnungsbeschlagnahme müßig betrieben worden. Bisher sind auf diesem Wege 8000 Wohnungen geschaffen worden. Auf dem Gebiete der Neubautätigkeit müssen wir wegen der äußerst beschränkten Mittel auf manches futuristische Ideal verzichten. Auf kleinsten Raum müssen möglichst viele Bewohner untergebracht werden. Es muß ferner der Müllfrage, der eine Wohnung besitzt, mit seiner Steuerkraft zur Beseitigung der Wohnungsnot beitragen.

Stadtd. Wirtmann (Bayl. Weg.) wandte sich gegen die zugewanderten Arbeiter. Dem antwortete Genosse Adolf Hoffmann, daß diese unglücklichen Flüchtlinge fast ausnahmslos in Wohnungen untergebracht gefunden haben, die meist schon überfüllt sind. Die Wohnsteuer zahlen wir ab, weil sie eine indirekte ist. Das Kapital, welches uns in das Elend gestürzt hat, soll nun auch die Kosten tragen.

An unsere Abonnenten!

Die schwere Krise, in der sich das Zeitungswesen befindet, und die fortwährenden Preisrückgänge für Papier und alle übrigen zur Herstellung der Zeitung nötigen Rohmaterialien zwingen uns, abseits eine weitere Erhöhung des Abonnementspreises vorzunehmen. Bei einer Zugrundelegung von rund 90 Tagen pro Monat kostet das Abonnement an Papier allein 1,50 M. Bei den gegenwärtigen Preisen für Altpapier würde jeder Leser allein für das ihm gekaufte Papier einen Betrag von 3,30 M. pro Monat zurückerhalten. Die Druckpreise sind gegenüber den Friedenspreisen um über 700 Prozent gestiegen, ähnlich verhält es sich mit den Postgebühren, den Löhnen und den Gehältern für die Angestellten. Wenn in Betracht gezogen wird, daß gerade eine Arbeiterzeitung auch vorbildlich in Bezug auf die Bezahlung der Angestellten sein soll, wird ohne weiteres zu erkennen sein, daß dabei mit immerwährenden Steigerungen zu rechnen ist, da die Lebenshaltung in der heutigen Zeit ganz enorme Summen verfrachtet.

Wir sind und wohl klar darüber, daß diese Ausgaben durch den Abonnementspreis allein nicht gedeckt werden können, und es nur mit Hilfe der Inseraten-Einnahmen möglich ist, einen Ausgleich zu schaffen. Die Inseratensteuer, die in Höhe bis zu 10 Prozent vom Umsatz erhoben wird, bedeutet weiter eine außerordentlich starke Belastung für die Zeitung.

Wir sehen uns zu unserem Bedauern gezwungen, eine Erhöhung des Abonnementspreises um 1 M. pro Monat und Exemplar vorzunehmen, um einigermaßen die Mehrausgaben zu decken, die uns durch die weitere Fortsetzung erwachsen, so daß

ab 1. Mai der Abonnementspreis 8,50 M. beträgt.

Wir geben mit der Hoffnung hin, daß unsere Leser wie bisher treu zu ihrem Blatt halten, daß angesichts der bevorstehenden Wahlen von unseren Genossen alles daran gesetzt wird, um eine weitere Verbreitung der „Freiheit“ herbeizuführen. Nur so ist es möglich, den bevorstehenden Wahlkampf mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften zu führen.

Wir erachten es als selbstverständlich, daß unsere Abonnenten die schwierigen Verhältnisse, unter denen wir arbeiten, verstehen, und uns auch in Zukunft die Treue bewahren.

Vorstand und Aufsichtsrat der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Groß-Berlin.

Aufruf

Allen Personen, bei denen im Verlaufe des vergangenen und dieses Jahres von Reichwehroldaten gehandelt wurde und denen dabei Werte und Gebrauchsgegenstände gestohlen wurden, werden gebeten, sich sofort unter Angabe des Sachverhalts schriftlich bei der Redaktion der „Freiheit“ zu melden.

Elternbeiträge.

Eine vom Verband Berlin-Brandenburg U. S. R. D. einberufene gut besuchte Versammlung der Elternbeiräte fand am Donnerstag, den 28. April, in der Schulaula in der Steinstraße statt. Genosse Dr. Bier sprach über die Aufgaben der Elternbeiräte. Er zeigte, wie groß das Feld für die politische Tätigkeit der Arbeiter-Elternbeiräte ist, und es konnte nicht darauf an, was die Bestimmungen der Verfassung für Grenzen ziehen, sondern was die Beiräte aus ihrer Stellung machen — sie sollen sein ein äußerst wichtiger Faktor für die dringend notwendige Annäherung des Schulbereichs.

In einem zweiten Vortrage referierte Genosse Dr. Kurt Löwenstein über die Organisation der Elternbeiräte. Der Referent wies darauf hin, daß die Organisation der Beiräte nur im Rahmen der Partei geschehen müsse; denn die Schule sei nicht nur eine Angelegenheit der Eltern, deren Kinder gerade die Schule besuchen, sondern die Masse der Parteigenossen sei daran aufs höchste interessiert.

Nach einer sehr angeregten Debatte wurde ein Antrag des 8. Distriktes angenommen, nachdem die Organisation der Beiräte wie folgt gefaßt: Die Beiräte der Schulen in den Orten oder Distrikten bilden eine Orts- oder Distrikts-Elternbeirätekommission und schließen sich als Unterkommission der Bildungs-Kommission an. Die Elternbeirätekommission ergänzt sich aus Fachleuten, aus den U.S.R.D.-Mitgliedern und den U.S.R.D.-Mitgliedern des Arbeiter-Elternbundes. Die weiteste Zusammenfassung im Bezirk und Verband geschieht durch die Verbands-Bildungskommission.

Zur Weisheit wurde beschlossen, den Eltern zu empfehlen, ihre Kinder am 1. Mai nicht zum Schulunterricht zu schicken.

Bei günstigem Wetter sollen die Kinder nachmittags auf geeigneten Plätzen zu Gesang und Spiel angeordnet werden. Mitwirkung des Arbeiter-Elternbundes und der U.S.R.D.-Mitglieder wird dringend empfohlen.

Kommunale Vertreter-Konferenz.

Die kommunale Vertreterkonferenz Groß-Berlin findet am Montag, den 3. Mai, abends 6 Uhr, im Plenarsitzungs-saal des Rathauses, Berlin, Eingang Neue Königsstr., statt.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu der in der Preussischen Landesversammlung angenommenen Vorlage Groß-Berlin. Referent: Genosse Karl Leib.

2. Diskussion.

Wir erwarten, daß jede Gemeindefraktion der U. S. R. D. Groß-Berlins sowie die kommunalen Ausschüsse der Distrikte bestimmte Vertreter entsenden.

Der kommunale Ausschuß, J. A. Rosenfeld, Weisa. Die Leitung der kommunalen Ausschüsse der Distrikte J. A. Grün.

Kein Schulunterricht am 1. Mai. Für den 1. Mai d. J. wird gemäß der Ermächtigung des Ministers für Unterricht, Kunst und Volksbildung der Unterricht an den städtischen Gemeindefschulen ausgesetzt an den höheren Schulen vorbehaltlich der Zustimmung des Sozialrat-Schulkollegiums. Die gleiche Anordnung ergeht für die Hoch- und Fortbildungsschulen. Für die Beamten, Angestellten und Arbeiter findet Dienst wie am Sonntag statt.

Proletarische Ferienkuren. Am Sonntag, den 2. Mai, vorm. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Hackstraße. Mitwirkender: Tilla Durieux und Fritz Kortner; Regisseur, Kommissar Woldemar Penke von der Staatsoper, Dr. Hans Hübner; Orchester, Kapellmeister des Arbeiter-Sängerbundes, unter Leitung des Herrn W. Die Besucher werden gebeten, pünktlich zu erscheinen, da jedes Zutrittswort empfindliche Störungen verursacht. — Eintrittskarten à 2 M. nur in unserem Bureau, Schillerstraße 54, und in der Buchhandlung „Freiheit“ Arbeiter-Bildungsschule.

Mittelschule. Achtung! Betriebsräte! Am Montag, den 3. Mai, beginnen folgende Kurse: Wesen und Aufbau der modernen Industrieunternehmen, 5 Uhr Zimmer 27. Kurs im Realgymnasium und Sozialismus, 5 Uhr Zimmer 28. Bilanzwesen 7 Uhr Zimmer 29. Fabrikorganisation für Metallindustrie 7 Uhr Zimmer 27. Geometrie 7 Uhr Zimmer 24. Pädagogik (Pädagogik) 6 Uhr Zimmer 25. Anmeldefrist von 20. April, ansonsten werden nach 15. Freitag, den 30. April, angenommen. Sämtliche Betriebsräte und Gruppenausschüsse müssen unbedingt sofort zu den Kursen Stellung nehmen und Anmeldungen einreichen. Ausführliche Beschreibungen sind im Bureau zu haben.

Schlichterladen am 1. Mai geschlossen. Wir machen darauf aufmerksam, daß am Sonnabend, den 1. Mai d. J., die Schlichterladen geschlossen sind und bei Verwendung des Beschlusses der Karte Nr. 18 das Fleisch bis spätestens Freitag, den 30. d. M., eingekauft werden muß.

Die Gemeindevertretung von Treptow hat den Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktionen, den 1. Mai zu feiern, mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Für die Angehörigen von Landkammern, grünen, schwarzen und braunen Berufsständen in vorstädtischen Arbeitstätten mit Genehmigung der Schulverwaltung der Distrikte der Landkammern und Inspektoren der Berliner Schulen für Schwerhörige, Herr Schorch, in seinem Amtszimmer, Parkweg 40, jeden Freitag von 11-1 Uhr eine pädagogische Sprechstunde ab.

Nichtersberg. Keine Volkshochschulvorlesungen am 1. Mai. Der Beginn der Vorlesungen der Nichtersberger Volkshochschule beginnt am 1. Mai abends 8 Uhr im Saal des Realgymnasiums (Parkweg) und 8 Uhr im Realgymnasium (Parkweg) findet nicht am 1. Mai, sondern eine Woche später statt (8. Mai).

Die Abfertigungsstellen in den Neufahrer Werkstätten werden vom 1. Mai d. J. ab geändert und zwar sind die Abfertigungsstellen geändert: von Montag bis einschließlich Donnerstag von 8-11 Uhr, Freitag von 8-11 und 4-6 Uhr, Sonnabend von 8-11 Uhr. — Da sich erahnungsgemäß nicht weit genug der Schluß der Abfertigungsstellen ein Ertrag in den Werkstätten bemerkbar macht, wird empfohlen, möglichst die Vormittagsstunden zum Besuch der Werkstätten zu benutzen.

Lebensmittellisten.

Berlin. Es heute wird auf die 61-Markbeträge bis auf weiteres 1/2 Liter Milch veranschlagt. — Der Preis für Zucker im Einzelhandel darf vom 1. Mai ab noch einer Erhöhung der Preisobergrenze nicht übersteigen für Weiß- oder Granulatum für 1 Pfd. 1,60 M., für 1/2 Pfd. 1,45 M., für 1/4 Pfd. 1,25 M.; für Raffinade, Wärfelzucker, Braunkandis für 1 Pfd. 2 M., für 1/2 Pfd. 1,60 M. Ein Zuschlag für Verpackung darf nicht berechnet werden.

Aus den Organisationen.

Bezirksorganisation Berlin-Stadt. Die Bezirksgeneralversammlung für Berlin-Stadt findet am Freitag, den 30. April, abends 6 Uhr, in den Musferrillen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, statt, und nicht, wie angegeben, um 7 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht der Abgeordneten der Nationalversammlung, 2. Aufstellung der Bezirksabgeordneten. Die Geschäftsleitung.

Bezirk Potsdam 4. Die Referenzen werden ersucht, Entschuldigungen anzugeben über Nichterwartungen. Im Falle des Nichterwartens müssen sich diese schon am Freitag nach den bestimmten Orten begeben. Die Bezirksleitung.

1. Bezirk, 1. Abteilung, Bildungsausschuß. Freitag 7 Uhr Tempelhofer Ufer 2. Diskussionsabend. Vortrag des Gen. Goldberg: Die Sozialisation der kommunalen Wirtschaft.

4. Bezirk, Freitag 7 Uhr Bezirksversammlung der Bildungsausschüsse bei Jahnke, Zeughausstr. 21. — Diejenigen Genossen, welche am Tempelhofer Ufer am 1. Mai als Deputierte fungieren, lassen sich um 8 Uhr vor dem Lokal Ludwig, Koch, Köpenick, Straße am Tempelhofer Park, mit dem Genossen Langner.

1. Bezirk, Freitag 7 Uhr Sitzung der Elternbeiräte sowie der auf den Eltern stehenden Komitees bei Schmalz, Alte Bahnhofsstraße 24.

10. Bezirk, Treffpunkt aller Genossen und Genossen mit Genossin am 1. Mai früh 8 Uhr. Donnerstag 20. Uhr.

18. Bezirk, heute 7 Uhr Öffentliche Generalversammlung in der Schulaula, Schulstraße.

17. Bezirk, Mittags zu den „Proletarischen Ferienkuren“ im Sonntag, 9. Mai, nach dem Genossen Hübner, Hackstraße, 11, zu gehen.

17. Bezirk, Elternbeiräte. Freitag 7 Uhr Referenzsitzung bei Selig, Müllerstr. 29. Das Erscheinen sämtlicher Beiräte der Schulen im Bezirk ist unbedingt erforderlich.

18. Bezirk, Weisheit in der Jungfernhöhe. Donnerstag des Monats 12 Uhr von der Promenade der Christlichsozialen zwischen Hallesche Ufer und Pringelallee. Bildungsausschuß und Deputierte treffen sich 12 Uhr auf der Parkstraße in der Christlichsozialen.

18. Bezirk, Freitag abends 7 Uhr im Lokal von Karl Koch, Obermühlstraße, Sitzung der politischen Kommission. Christlichsozialer. Achtung! 1. Bezirk, Treffpunkt um 8 Uhr am Tempelhofer Ufer, Köpenick, 1. Bezirk, 8 Uhr im Lokal der Arbeiter-Elternbundes. Treffpunkt im Tempelhofer Park, Köpenick, Freitag 7 Uhr im Hofraum, Zimmer 204, Köpenick, das neulichen und kommunalverwalteten.

